



An Chancenförderung mangelt es nicht.

Nivellierung nach unten

Das Schweizer Bildungssystem sei sozial ungerecht, kritisiert der Schweizerische Wissenschaftsrat. Die Lösung sieht er in mehr schulischer Gleichmacherei.

Von Katharina Fontana

Es ist ein düsteres Bild, das der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) vom hiesigen Bildungssystem zeichnet. Das System sei nicht nur ineffizient, sondern gegenüber Kindern aus sozial benachteiligten Schichten auch ungerecht, schreibt das Gremium in einer Publikation, die kürzlich veröffentlicht wurde. Chancengerechtigkeit bleibe in der Schweiz eine Utopie, die Situation sei unhaltbar, es bestehe dringender Handlungsbedarf, meinen die sechzehn Experten, die den Bundesrat in Bildungsthemen beraten. Und warten mit einer Reihe von Empfehlungen auf, die sie der Politik ans Herz legen, etwa mit Blick auf die bevorstehende Bildungs- und Forschungsbotschaft 2021–2024.

Nun ist hierzulande wohl kaum jemand der Meinung, dass die Schule alles perfekt mache und das Schweizer Bildungssystem in jeder Hinsicht Bestnoten verdiene. Dennoch sind

die Töne, die der SWR anschlägt, erstaunlich negativ. Und noch erstaunlicher ist, wie das Expertengremium des Bundesrates das Schulsystem «sozial gerechter» machen will und welche Neuerungen ihm dabei vorschweben. Seine Ideen dürften zahlreichen Eltern schulpflichtiger Kinder die Haare zu Berg stehen lassen.

Gegen «liberal-konservative Sichtweise»

Die «Leistungsideologie», gemäss der es Begabung und Anstrengung sind, die in der Schule belohnt werden sollen, hält der SWR für problematisch. Diese «liberal-konservative Sichtweise von Chancengleichheit» greift für ihn zu kurz. Begabungen und Leistungsbereitschaft seien sozial ungleich verteilt und durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse oder durch den Wohlstand der Eltern bestimmt. Kinder gebildeter Eltern hätten

bereits bei der Einschulung bessere Startchancen und würden ihre Leistung im Laufe der Schulzeit weiter steigern. Akademikerkinder wechselten zudem deutlich häufiger ins Gymnasium als gleich gut qualifizierte Kinder aus anderen Familien. Woher man stamme, sei also ganz entscheidend sowohl für den schulischen Erfolg wie für den Bildungsverlauf. Der SWR will diese «soziale Ungerechtigkeit» nicht länger hinnehmen und die Bildungskasten in der Schweiz durch allerlei neue staatliche Massnahmen aufbrechen.

Das tönt natürlich nach einem hehren Ziel. Niemand wird bestreiten, dass Kinder aus behütet-gebildetem Elternhaus, die griechische Sagen als Gutenachtgeschichte erzählt bekommen, es besser getroffen haben als jene, die mit dem «Dschungelcamp» aufwachsen. Nur: Dass es heute an Chancenförderung mangle, kann nicht behauptet werden, im Gegenteil. Der

Staat unternimmt schon jetzt enorme Anstrengungen, um den Kindern, die in weniger günstigen Umständen aufwachsen, auf die Sprünge zu helfen und ihre Defizite zu kompensieren. Die Schule bietet eine Vielzahl an Stützkursen und Sonderunterricht für Kinder an, die spezielle Bedürfnisse haben oder in der Klasse aus irgendeinem Grund nicht mithalten können.

Sozial benachteiligte Schüler sollen beim Übertritt weniger streng beurteilt werden.

Es werden Unsummen in sonderpädagogische Massnahmen gesteckt. Es gibt Deutschlektionen für fremdsprachige Schüler, Hausaufgabenhilfe, Integrationsmassnahmen. Heilpädagogen kümmern sich im Einzelunterricht oder in Kleingruppen um jene Schüler, denen das Lernen schwerfällt. An Hilfestellungen für sozial Benachteiligte fehlt es in keiner Weise, wer im Unterricht nicht mitkommt, wird nicht einfach sich selber überlassen. Es ist heute zum Beispiel gang und gäbe, dass in einer sechsten Primarklasse Kinder sitzen, die noch am Lehrstoff aus der dritten Klasse herumkauen. Denen die Lehrerin bei der Mathematikprüfung unterstützend zur Seite steht oder deren Französischprobe nachsichtiger bewertet wird als jene der anderen. Daneben gibt es Sechstklässler, die regelrecht davongaloppieren, die der Lehrer mit anspruchsvollen Zusatzaufgaben bei Laune halten muss (sofern er dafür Zeit findet) oder die, wenn es gut läuft, tageweise einen Begabtenkurs ausserhalb des Unterrichts besuchen dürfen. Anders gesagt: Das Spektrum an Kenntnissen ist bei Primarschülern heute ausserordentlich breit – die integrative Schule lässt grüssen. Und etliche Eltern sind angesichts dieser Diversität enorm erleichtert, wenn ihr Kind am Ende der Primarschulzeit endlich in eine homogenere Klasse wechseln darf, in der es leistungsmässig besser aufgehoben ist.

Genau hier aber möchte der Wissenschaftsrat nun auf die Bremse treten. Geht es nach ihm, soll der Zeitpunkt der Selektion von der Primarschule in die Sekundarstufe hinausgeschoben werden. Die Professoren Rolf Becker und Jürg Schoch, auf deren Studie zur sozialen Selektivität sich der Wissenschaftsrat stützt, schlagen vor, dass alle Kinder bis und mit achtem Schuljahr zusammenbleiben und dass der Übertritt erst in der neunten Klasse durchgeführt wird. Mit dieser hinausgeschobenen Selektion will man laut Jürg Schoch verhindern, dass das Leistungsniveau einer Klasse einbricht, wenn diejenigen Schüler auf und davon ziehen, die insbesondere aufgrund ihrer privilegierten Herkunft gute Noten erhalten, während andere Begabte mit den Leistungsschwächeren zusammen zurückbleiben. Auch sollen die fremdsprachigen Schüler auf diese Weise mehr Zeit erhalten, um ihre Kom-

petenzen zu verbessern. Es gäbe keine Leistungsstufen mehr, schon gar kein Progymnasium, sondern nur noch einen einheitlichen Unterricht für alle, am besten in Zwei- oder Dreijahrgangsklassen, aber natürlich «individualisiert». Wie ein Lehrer dies bewerkstelligen soll, wie er einem derart bunten Haufen von Teenagern tagtäglich Wissen vermitteln kann, über diese Frage gehen die Experten grosszügig hinweg.

Die Studie wartet auch mit anderen provokativen Ideen auf. Etwa, dass man eine Art Quote für Schüler mit Migrationshintergrund oder für Unterschichtskinder definiert, die ins Gymnasium übertreten sollen. Auch möchte man die Lehrer ermutigen, «ihren Handlungsspielraum bei Selektionsentscheiden» auszunutzen und talentierte, aber sozial benachteiligte Schüler beim Übertritt etwas weniger streng zu beurteilen – alles im Namen der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, versteht sich. Man kann die Sache freilich auch anders sehen, nämlich als Gleichmacherei und weitere Nivellierung nach unten, die auf Kosten der guten und leistungsbereiten Schüler gehen. Deren Familien sich in der Folge noch häufiger in Bildungsbürgerquartieren niederlassen oder ihre Kinder auf Privatschulen schicken werden.

Sind Akademiker die Topklasse?

Wenig Freude an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates dürften auch die Anhänger der Berufslehre haben. Denn diese steht beim SWR gar nicht hoch im Kurs. Dass Schüler, die das Zeug zum Gymnasiasten hätten, mit sechzehn Jahren in die Lehre gehen, versteht man nicht und sieht darin ein nicht ausgeschöpftes Leistungspotenzial. Und wenn diese Jugendlichen dann noch aus nichtakademischen Haushalten stammen, wo eine solide Berufsausbildung möglicherweise mehr zählt als zehn Jahre Gymnasium und Studium, muss es sich in den Augen der Experten um eine soziale Ungerechtigkeit handeln und kann kein freiwilliger Entscheid sein. Selbst die Fachhochschulen kommen beim SWR nicht gut weg: «So werden Studienberechtigte aus unteren Sozialschichten vom Universitätsstudium abgelenkt» – auch jene mit guten Erfolgsaussichten –, heisst es in seiner Publikation. Das ist nun doch eine recht einseitig-elitäre Sichtweise. Beim Wissenschaftsrat scheint die Auffassung vorzuherrschen, dass der Akademikerstatus die Topklasse in Gesellschaft und Beruf darstellt und dass alle anderen Ausbildungen weniger wert sind. Doch das Leben ist vielfältiger und beweglicher, als sich das die Bildungsberater des Bundesrates offenbar vorstellen. Ein Uni-Abschluss garantiert heute keineswegs, dass man einen tollen Job mit hohem Einkommen findet. Und nicht von jemandem mit Berufslehre oder Fachhochschulabschluss überholt wird. ○

Schweiz

Unter EU-Flagge

Wirtschaftsanwalt Jean Russotto sorgt für europapolitische Kontroversen.

Vergangenen Freitag schrieb der Unternehmensberater Klaus Stöhlker auf dem Onlineportal Inside Paradeplatz, die EU habe den Schweizer Jean Russotto als Lobbyisten angeheuert, um in der hiesigen Bevölkerung die Werbetrommel für den Rahmenvertrag zu rühren. Ausgangspunkt für diese Darlegung war ein Anlass mit halbdiplomatischem Anstrich in Verbier. An dem von Russotto organisierten Podium nahmen neben alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (SP) auch Staatssekretär Roberto Balzaretto und der frühere EU-Botschafter in der Schweiz, David O'Sullivan, teil.

Jean Russotto, der Schweizer Wirtschaftsanwalt mit der tiefen Stimme und der Ausstrahlung eines französischen Landadeligen, vertritt seit 46 Jahren die Interessen seiner vornehmlich schweizerischen Kunden im Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union. Sein bekanntestes Mandat ist jenes für die Schweizerische Bankiervereinigung, das er seit Jahrzehnten versieht. Russottos Karriere begann nach dem Jus-Doktorat mit ersten beruflichen Erfahrungen im Rechtsdienst der Waadtländer Staatskanzlei und des Nestlé-Konzerns. 1972 ging er nach Brüssel zur Wirtschaftskanzlei Oppenheimer, die 2004 von der amerikanischen Steptoe & Johnson übernommen wurde.

Die Grenzen zwischen Rechtsberatung und Lobbying sind fliessend im Business von Steptoe & Johnson. Sie reichen von der Vertretung von Microsoft in einem Kartellverfahren vor der EU bis zum Lobbying in Washington für Kunden wie den Internetkonzern Facebook und den Waffenkonzern Raytheon. 2010 holte Russotto den früheren Schweizer Diplomaten Alexis Lautenberg zu Steptoe. Wenig später verselbstständigte sich dieser und übernahm die Interessenvertretung für die Grossbanken UBS und Credit Suisse aus dem Mandat der Bankiervereinigung, dessen übriger Teil bei Russotto verblieb.

Aus seinen Sympathien für die EU hat Russotto nie einen Hehl gemacht. 1991 weilte er in Schweizer Zeitungen für den EWR-Beitritt. Später profilierte er sich als Kritiker der bilateralen Verhandlungen und forderte den Vollbeitritt der Schweiz. Vor allem in den Medien der Romandie ist er ein gefragter Gesprächspartner zum Thema Schweiz-EU. Auf Anfrage sagt Russotto, er habe kein Mandat der EU. Lediglich habe er ehrenamtlich der freundschaftlichen Bitte der «Amis de Verbier» entsprochen, für ihren Anlass bei der Zusammenstellung des Podiums behilflich zu sein. Weitere solche Veranstaltungen seien momentan nicht geplant. *Florian Schwab*